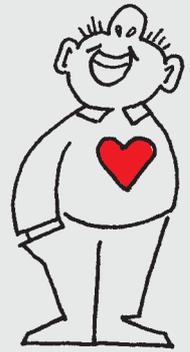




MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



2/2015 (April)

DIE LINKE.-Zeitung für Forst und Umgebung

Die Forster hatten die Wahl

Auch wenn wir uns Verlauf und Ergebnis der Bürgermeisterwahl 2015 anders gewünscht hätten – die Würfel sind gefallen. Philipp Wesemann ist neuer Bürgermeister von Forst. Sein Wirken werden wir von nun an kritisch und konstruktiv begleiten.

Allen Wahlkämpfern, Wählerinnen und Wählern danken wir herzlich für die Unterstützung unseres Kandidaten Ingo Paeschke.

Unsere Fraktion wird sich auch in Zukunft dafür engagieren, dass Forst eine Zukunft hat.

Ortsvorstand DIE LINKE Forst

Spruch des Monats

»Am Ende wird alles gut!
... und wenn nicht?
... dann ist es
noch nicht das Ende!«

Oscar Wilde



2013

Wir
laden ein
zum
1. Mai



2012



2012



2012

Ab 10.00 Uhr wird auf dem Max-Seydewitz-Platz traditionsgemäß der 1. Mai unter dem Motto »Die Arbeit der Zukunft gestalten wir« mit aktuell-politischen Gesprächen, roten Nelken, Hüpfburg, Musik, und vielem mehr gefeiert. Für das leibliche Wohl ist selbstverständlich ebenfalls bestens gesorgt.

DIE LINKE sowie Gewerkschaftsvertreter freuen sich auf Ihren Besuch!



Kollege Nowka teilte mit, er könne die

Mit Wirkung vom 08. März 2015 hat Norman Nowka seinen Austritt aus der Fraktion »DIE LINKE« in der Stadtverordneten-

Informationen aus der Fraktion

Entscheidung der Fraktion, bei der Stichwahl den SPD-Kandidaten zu unterstützen, nicht mittragen. Dies nehmen wir zur Kenntnis. Leider hat Norman Nowka dabei vergessen zu erklären, dass er bereits in der ersten Runde des Wahlkampfes in Internetforen und bei anderen Gelegenheiten den CDU-Kandidaten massiv unterstützt hat. Dies stellt für uns einen

erheblichen Vertrauensmissbrauch dar. Mit seinem Austritt ist Norman Nowka einem bereits beantragten Ausschluss aus der Fraktion zuvorgekommen. Wir waren im Vorfeld der Entscheidung noch mal zu einer offenen Diskussion bereit, er leider nicht.

Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
in der SVV Forst

70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus – 8. Mai soll gesetzlicher Gedenk- und Feiertag werden

Erklärung des Parteivorstandes vom 28. und 29. März 2015

Am 8. Mai jährt sich das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa zum siebzigsten Mal. Die Alliierten siegen über den deutschen Faschismus, beendeten millionenfaches Morden, das Leiden und die Verfolgung Andersdenkender, Andersgläubender, Anderslebender.

Die Totalität der nationalsozialistischen Rassenpolitik und des Vernichtungskriegs machte aus gegensätzlichen ökonomischen und politischen Systemen Verbündete. Am 8. Mai 1945 endete der gemeinsame Kampf der Sowjetunion und der westlichen Alliierten gegen eine einzigartige Bedrohung grundlegender Werte des Humanismus und der Menschlichkeit, gegen Liberalität und Demokratie.

Die Opfer der faschistischen, antisemitischen und rassistischen Brutalität in den Jahren der Nazi-Herrschaft sind uns heute noch Verpflichtung – gemeinsam zu handeln, aufzustehen gegen den braunen Ungeist, rechte Hetzer, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder gegen die Intoleranz neuer rechter Pegida-Bewegungen. Die Morde des NSU, die Naziaufmärsche und die Hakenkreuz-Schmierereien erinnern uns daran, dass der Schoß, aus dem Nazideutschland, Krieg und Zerstörung erwachsen, noch immer fruchtbar ist. Das Erstarken rechtsextremer, rassistischer, antimuslimischer und antisemitischer Kräfte in Deutschland und in Europa erfüllt uns mit Sorge. Deshalb müssen alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte das höchste Gut – Leben in Frieden und Demokratie – energisch verteidigen. Dies gelingt nur, wenn die Gesellschaft zusammensteht – wenn die Politik Projekte gegen Rechts weiter unterstützt und verstärkt fördert, in Schulen qualifiziert Zusammenhänge dargestellt werden, Medien sensibel berichten und aufklären und antifaschistisches und zivilgesellschaftliches Engagement gewürdigt und nicht kriminalisiert wird. Der Tag der Befreiung ist ein Tag des Gedenkens an die Opfer rassistischer und politischer Verfolgung. Er ist ein Tag des Gedenkens an den antifaschistischen Widerstand. Als LINKE sind wir dem kommunistischen und dem sozialistischen Widerstand historisch besonders verbunden, in dessen Traditionslinie wir uns sehen. Aber wir verneigen uns ebenso mit tiefem Respekt vor allen anderen politischen Strömungen des Widerstands gegen das Hitler-Regime.

Der 8. Mai 1945 markiert den Sieg über faschistische Barbarei und Krieg. Er beendete das millionenfache Mor-

den der Nazis. Damit der 8. Mai als Tag der Befreiung von der faschistischen Barbarei, als Gedenktag für Humanität, Toleranz und Demokratie und als Tag der Erinnerung an die Opfer sowie an die Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer in der gesellschaftlichen Erinnerung den Platz bekommt, der ihm gebührt, wollen wir, dass der 8. Mai ein bundesweiter gesetzlicher Gedenk- und Feiertag wird. Schließlich ist er nicht irgendein Tag in der Geschichte Deutschlands. Er war die Stunde des demokratischen Neubeginns nach dem Scheitern der Weimarer Republik. Vor gerade einmal 30 Jahren sagte Richard von Weizsäcker, dass der 8. Mai für die Deutschen ein Tag der Befreiung wurde. Das Wort »wurde« ist wichtig, denn auch nach 1945 sahen viele Deutsche den 8. Mai als einen Tag der »Niederlage«. Ein bundesweiter gesetzlicher Gedenk- und Feiertag würde Weizäckers Diktum in besonderer Weise unterstreichen.

Wir erleben gegenwärtig allerdings auch zunehmend problematische geschichtspolitische Gesten rund um die Jahrestage des Zweiten Weltkriegs. So ist die Bundesregierung offenbar nicht Willens, diesen Tag mit einer angemessenen Gedenkveranstaltung zu würdigen. Die Bundeskanzlerin hält es nicht für notwendig, am 70. Jahrestag an der Gedenkveranstaltung in Moskau teilzunehmen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Bundespräsident Gauck bei einer Gedenkveranstaltung anlässlich des Beginns des Zweiten Weltkriegs die Rolle und die Opfer der sowjetischen Bevölkerung nicht würdigt und stattdessen einer gegen Russland gerichteten Militarisierung der Außenpolitik das Wort redet. Dies nennen wir vor dem Hintergrund der über 30 Millionen sowjetischen

Kriegsopfer geschichtsvergessen. Die Erinnerung an den 8. Mai 1945 ist für uns daher auch stets ein Erinnerung an die großen Opfer, die die Sowjetunion erbrachte, Europa vor dem faschistischen Terror zu befreien. Diese Opfer waren – was heute oft vergessen oder ignoriert wird – eine Voraussetzung für die Demokratie in Westeuropa ab 1945.

Der 8. Mai ist als Tag des Endes des Zweiten Weltkriegs sowohl antifaschistischer Gedenktag für Demokratie, Humanität und Toleranz als auch Tag der Mahnung vor Krieg als Mittel der Außenpolitik. »Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus!« – so lautet der Schwur von Buchenwald. Dieser Schwur ist aktueller denn je. Für uns bedeutet die Erinnerung an den 8. Mai 1945 daher stets auch dafür einzutreten, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Aber wir stellen in großer Sorge fest, dass weder der Schwur von Buchenwald noch die Botschaft des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, dass Krieg nicht mehr die »ultima ratio«, sondern die »ultima irratio« der Politik sei, für große Teile der politisch Verantwortlichen in Deutschland noch gilt. Für die anderen im Bundestag vertretenen Parteien ist die Kriegsführung wieder zur selbstverständlichen Option geworden. Damit werden wir uns niemals abfinden. Für uns gilt in Erinnerung an den 8. Mai 1945 weiterhin unmissverständlich: Nein zum Krieg!

*»Es hat noch niemals
einen guten Krieg gegeben und
keinen schlechten Frieden.«*

Benjamin Franklin

GEDENKVERANSTALTUNG

Am Freitag, dem **8. Mai**, findet um 16.00 Uhr auf dem Friedhof der ehemaligen Sowjetarmee in Forst eine Gedenkveranstaltung anlässlich des **70. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Armeen der Antihitlerkoalition und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges** statt.

Interessierte sind herzlich eingeladen.

Rolaf Schahn, VVN-BdA-Gruppe Forst

Vom **LANDTAG BRANDENBURG** informiert

Anke Schwarzenberg, MdL



Liebe Leserinnen und Leser, seit dem 22. Januar 2015 bin ich Abgeordnete des Brandenburgischen Landtages, nachgerückt für den Finanzminister Christian Görke auf der Grundlage des Beschlusses des Landesparteitages der LINKEN zur Trennung von Amt und Mandat.

Man braucht etwas Zeit, um den parlamentarischen Ablauf zu durchschauen und sich hineinzufinden. Dabei helfen mir meine bisherigen kommunalpolitischen Erfahrungen. Noch wichtiger ist es aber, sich in die Themen aus der vorherigen Legislaturperiode einzuarbeiten, die weiterverfolgt bzw. jetzt entschieden werden müssen.

Dazu gehören auch die bisherigen Empfehlungen der Enquete-Kommission zur Kreisgebietsreform.

Grundlage für das Handeln der Linksfraktion sind die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen politischen Vereinbarungen. Daran können Sie uns messen.

Gemeinsam mit Thomas Domres bin ich Mitglied im Ausschuss Landwirtschaft/Forstwirtschaft/Umwelt und ländlicher Raum.

Ein Themenbereich, in dem ich meine langjährigen Erfahrungen gut einbringen kann.

Zukünftig werde ich über verschiedene Themen in unserer kleinen Zeitung berichten. Vollständig kann das natürlich nicht sein, aber ich denke, dass auch ein Querschnitt sehr hilfreich ist.

Bestimmte Sachverhalte werde ich ausführlicher darstellen, um Sie über die Arbeit der Fraktion der LINKEN im Landtag zu informieren.

Für Anregungen und Hinweise von Ihnen bin ich ebenfalls sehr dankbar.

Heute finden Sie in dieser Zeitung sowohl einen kleinen Überblick über getroffene Entscheidungen aus der Landtagssitzung Mitte März als auch einen Hinweis auf zurzeit anstehende aktuelle Themen bei der parlamentarischen Arbeit.

Anke Schwarzenberg
MdL Brandenburg

Ausgewählte Informationen und Diskussionsschwerpunkte aus dem LANDTAG

- 1. Lesung des Haushaltes 2015/2016
Mit Finanzplanung des Landes BB 2014 – 2018
Mit Personalbedarfsplanung 2018 einschl. Landesverwaltung
Beschlussfassung: Juni 2015
- Gesetz zur Änderung über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbssteuer

Ziel: Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 5 % auf 6,5 % ab 1. Juli 2015

- Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Ziel: Verteilung von Bundesmitteln: 30 Millionen Euro (2015/2016) auf die Landkreise und kreisfreien Städte zur Entlastung der Kommune bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen

- Gesetz über die Leistung von Pflegegeld an Schwerbehinderte, Blinde und Gehörlose

Ziel: Erhöhung des Landespflegegeldes in zwei Schritten 2016 und 2018 um 30 %.

- Antrag der Fraktion SPD und DIE LINKE

Netzwerke Gesunde Kinder nachhaltig stärken und ausbauen

Ziel: Erarbeitung eines Konzeptes zur Verbesserung der Qualität und zur Stärkung und Verstetigung des Projektes

Weitere Themen finden Sie auf der Internetseite des Landtages Brandenburg.

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser, seit rund 25 Jahren wird in Forst das Malxeblatt mit ständig steigender Auflage von der LINKEN bzw. ihrer Vorgängerpartei herausgegeben mit dem Ziel, über linke Politik und vor allem die Arbeit unserer Abgeordneten zu informieren. Dieses Blättchen wird ehrenamtlich redaktionell erstellt und vertrieben. Die professionelle Herstellung allerdings, mit der auch eine gleichbleibende Qualität des Erscheinungsbildes gesichert ist, wird mit Mitteln der Partei, die aus Mitgliedsbeiträgen resultieren, und mit Spenden finanziert. Diese Finanzierung wird durch steigende Kosten für unterschiedlichste Bereiche der Partearbeit immer schwieriger, und auch mit der personellen Absicherung des Vertriebes sind wir mittlerweile an unseren Grenzen angekommen.

Um eine bessere finanzielle und personelle Effektivität zu erzielen, sind wir dabei, zu ermitteln, wo Einsparpotenzial vorhanden ist. Natürlich möchten wir auch weiterhin alle die Bürger erreichen, die am Malxeblatt interessiert sind. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten: der Bezug in digitaler Form über das Internet, Einsichtnahme bzw. Abholung in unserer Geschäftsstelle, Berliner Straße 22, oder die direkte Zustellung der Zeitung in Papierform.

Genau hier benötigen wir Ihre Mithilfe. Bitte informieren Sie uns, liebe Leser, ob und in welcher Form Sie in Zukunft das Malxeblatt erhalten möchten. Das ist durch einen Anruf in der Geschäftsstelle, **Tel.: 03562 7852, am Dienstag von 9 bis 11 und 14 bis 17 Uhr** sowie am **Donnerstag von 9 bis 11 Uhr, per Fax: 03562 6507, per E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de** oder **schriftlich durch Ausfüllen des Ab-**

schnittes und Abgabe in der Geschäftsstelle bzw. Einwurf in unseren Briefkasten möglich.

Wir versichern Ihnen, dass die persönlichen Angaben ausschließlich zum Zwecke der Malxeblatt-Verteilung genutzt werden. Sollten Sie dennoch Ihre Anonymität wahren wollen, wäre es gut, wenn Sie uns wenigstens mitteilen würden, dass Sie an unserer Zeitung auch weiterhin interessiert sind und in welchem Stadtteil oder welcher Gemeinde Sie wohnen.

Wenn Sie uns beispielsweise bei der Verteilung oder finanziell mit einer Spende unterstützen möchten, bitte einfach melden. Wir würden uns sehr darüber freuen und werden uns auf jeden Fall bemühen, Sie auch zukünftig über linke Politik und Aktivitäten auf dem Laufenden zu halten. Für Ihre Mitwirkung schon jetzt herzlichen Dank!

Die Redaktion

Ja, ich möchte auch weiterhin das Malxeblatt lesen.

Senden Sie es mir per E-Mail an: _____

Stellen Sie es mir als Zeitung zu:

Name: _____ Anschrift: _____

Ich wohne in _____ im Stadtteil _____



Newsletter

Dialog mit Russland ist im europäischen Interesse

»Der Besuch des griechischen Ministerpräsidenten Tsipras in Moskau sollte Anlass sein, auch die deutsche und europäische Politik gegenüber Russland zu überprüfen und wieder eine Ostpolitik zu entwickeln, die auf Dialog statt auf Konfrontation setzt. Statt gemeinsam mit den USA eine massive Aufrüstung der Ukraine zu finanzieren, sollte die Bundesregierung lieber dafür sorgen, dass die Gespräche im NATO-Russland-Rat wieder aufgenommen und die Sanktionen gegenüber Russland aufgehoben werden. Ein sensibler Umgang mit der deutschen Geschichte würde außerdem beinhalten, dass Kanzlerin Merkel an der offiziellen Feier anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus in Moskau teilnimmt und sich einer Debatte über Entschädigungen für Nazi-Verbrechen nicht länger verweigert«, erklärt Sahra Wagenknecht anlässlich des Staatsbesuches von Alexis Tsipras in Moskau. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Die Drohgebärden deutscher Politiker gegenüber Athen sind nicht nur peinlich, sondern auch gefährlich. Wer ein ge-

meinsames Europa will, muss die europäischen Nachbarländer mit Respekt behandeln und deren Souveränität achten. Stattdessen wird Griechenland seit Jahren wie eine Schuldenkolonie behandelt und gedemütigt. Es hat seine Gründe, dass laut Umfragen nur noch 23 Prozent der Griechen positive Gefühle für die EU hegen, wohingegen 63 Prozent Russland wohlgesonnen sind. Wer Europa zusammenhalten will, der muss demokratische Wahlergebnisse akzeptieren, das brutale Verarmungsprogramm der Troika endlich beenden und der griechischen Regierung die Chance geben, das Land ökonomisch wieder aufzubauen.«

09.04.2015

Das Grundproblem heißt Rassismus

Zu den Protesten und Anschlägen gegen Flüchtlinge in Deutschland erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE:

»Es gibt eine fatale Parallele zwischen dem NSU-Nazi-Mord-Desaster und dem verbreiteten Hass gegen Flüchtlinge: Opfer werden als Täter misshandelt, mal von Staats wegen, mal von 'besorgten Bürgern'.

Das Grundproblem heißt Rassismus. 'Zu oft sind Vorurteile, ist Kälte, ja, sogar Hass (im) Herzen', hieß es in der Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin.

Die Türkische Gemeinde in Deutschland fordert seit Längerem einen Gipfel gegen Rassismus, zu Recht. Dabei müssen der Aufstand der Anständigen und der Anstand der Zuständigen zusammenfinden, sachlich und folgenreich.«

07.04.2015

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

Di., 21.04.: 18:30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**
Di., 28.04.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
Di., 05.05.: 18:30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**
Di., 26.05.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
Mo., 08.06.: 18:30 Uhr **AG Malxeblatt**

Monopolisten

Nach dem Rauswurf der Troika erklärt EU-Kommissar Günther Oettinger den Griechen: »Es kann nicht sein, dass eine Regierung von Brüssel besser behandelt wird, weil sie frech und unverschämte auftritt.« Dieses Recht bleibt also weiterhin allein den Banken vorbehalten.

Michael Kaiser

Geburtstag

05.03.: 63 Jahre Gabriele Otto
08.03.: 85 Jahre Horst Rubin
10.03.: 75 Jahre Peter Weidne
11.03.: 66 Jahre Gudrun Lacase
03.04.: 67 Jahre Marlies Tobela
11.04.: 70 Jahre Wilfried Krüger
16.04.: 70 Jahre Peter Kunze
20.04.: 81 Jahre Gertraud Mahling
27.04.: 60 Jahre Gundula Hammer
30.04.: 62 Jahre Elke Schubert
06.05.: 61 Jahre Anke Schwarzenberg
07.05.: 70 Jahre Jürgen Fischer
12.05.: 66 Jahre Anita Konzack
20.05.: 84 Jahre Hans-Joachim Lapuhs
23.05.: 69 Jahre Horst Beier
29.05.: 69 Jahre Elke Krätsch
17.06.: 72 Jahre Joachim Schulz

*Herzlichen Glückwunsch,
unserer Jubilarin, auch all jenen,
die hier nicht genannt sind!*

Wirtschaft sieht schwarz

Bereits kurz nach Einführung des Mindestlohns wird deutlich, dass die Schwarzarbeit durch das neue Gesetz aufblüht. Ein Sprecher der Deutschen Wirtschaft klagte deshalb: »Es ist ein Skandal, dass rechtschaffende Ausbeuter durch solch unausgelegene Vorschriften in die Kriminalität gedrängt werden.«

MK

Aus »Eulenspiegel«
Nr. 3/15

Soziale Rechtsberatung

am Freitag, dem 24.04.15,
ab 12 Uhr

in der Geschäftsstelle
der LINKEN,
Berliner Straße 22, Forst.

Terminvereinbarung
telefonisch (78 52)
oder persönlich jeweils
Mo. 10 – 14 Uhr,
Di. u. Do. 9 – 12 u. 14 – 17 Uhr

Autonome Systeme

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt setzt auf selbstfahrende Autos. Falls sich diese Technologie durchsetzen sollte, könnte man die Erfahrungen vielleicht auch dazu nutzen, selbstdenkende Mandatsträger zu konstruieren.

MK

Achtung! Neue Öffnungszeiten!

Seit 1. April 2015 ist unsere Geschäftsstelle nur noch
am Dienstag von 9 bis 11 Uhr und 14 bis 17 Uhr, sowie
am Donnerstag von 9 bis 11 Uhr geöffnet.
Somit entfällt die Sprechzeit von 14 bis 17 Uhr am Donnerstag.
Die Kassenstunden werden am letzten Dienstag des laufenden Monats von 14 bis 17 Uhr durchgeführt.

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Karsten Fedrich

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.